



Antwort auf Massenschreiben

Stand: August 2015

Griechenland-Hilfen

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

den Vertragsentwürfen für ein drittes Hilfspaket für Griechenland habe ich nicht zugestimmt. Es ist mir wichtig zu betonen, dass mit dieser Ablehnung keine Kritik an der Haltung der Bundesregierung oder der Kanzlerin einhergeht. Auch halte ich die Systematik der Stabilisierungspolitik innerhalb der Euro-Zone grundsätzlich für sinnvoll und geeignet. Beispielhaft seien hier die positiven Effekte in Portugal, Irland und Spanien genannt. Auch Zypern befindet sich, ausweislich der jüngsten Programmüberprüfung, auf einem guten Weg.

In der Reihe der Krisenstaaten stellt sich alleine in Griechenland die Lage anders dar. Durch ihre Politik hat die griechische Regierung um Ministerpräsident Alexis Tsipras in den letzten Monaten sehr viel Vertrauen verspielt. Die zeitweise Beendigung der Zusammenarbeit mit den Institutionen, die Entlassung der Privatisierungsexperten, die Wiedereinstellung von Beamten, kurzum: das Zurückdrehen bisheriger Reformen, hatten katastrophale Folgen – nicht nur für das Vertrauen, sondern auch für die wirtschaftlichen Kennzahlen.

Ich habe größten Respekt vor den bisherigen Reformleistungen der Bürgerinnen und Bürger in Griechenland. Ihnen wurde in den zurückliegenden Jahren sehr viel abverlangt. Dies war notwendig, um die Auswirkungen falscher politischer Entscheidungen in der Vergangenheit zu korrigieren und die Sicherheit und Stabilität unserer gemeinsamen Währung sicherzustellen. Die Erfolge der Reformpolitik konnten sich sehen lassen. So ist die Wirtschaftsleistung im 2. und 3. Quartal 2014 erstmals seit sechs Jahren wieder gestiegen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,6 %. Deutliche Fortschritte wurden ferner sowohl bei der Haushaltskonsolidierung als auch bei den Arbeitsmarktzahlen erzielt. Die Arbeitslosenquote sank von 27,5 % in 2013 auf 26,8 % in 2014. Auch weitere gesamtwirtschaftliche Indikatoren entwickelten sich positiv. Nach Abschluss des laufenden Reformprogramms stand gar eine Rückkehr Griechenlands an die internationalen Anleihemärkte in greifbarer Nähe.

Diese Hoffnung hat sich zerschlagen. Die Politik der SYRIZA-geführten, griechischen Regierung hat zu erheblichen Verwerfungen an den Anleihemärkten geführt. Griechische Bürgerinnen und Bürger hoben ihre Ersparnisse von den Bankkonten ab oder transferierten Geld ins Ausland. Dies wiederum destabilisierte den Finanzsektor des Landes weiter.

Erst auf internationalen Druck hin hat sich die griechische Regierung bereiterklärt, am vereinbarten Reformprozess festzuhalten. Ich bin dem Bundesminister der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble MdB sehr dankbar für seinen unermüdlichen Einsatz. Zuvorderst ihm ist es zu verdanken, dass es auf europäischer Ebene überhaupt zu Verhandlungsergebnissen mit unseren griechischen Partnern gekommen ist. Dieser Erfolg ist umso höher zu werden, als dass gerade er im permanenten Kreuzfeuer der Kritik stand.

Ein weiterer Punkt bestimmte meine ablehnende Haltung. Insbesondere die Umsetzung des Griechenland-II-Pakets verdeutlichte, dass die Überführung von Parlamentsbeschlüssen in konkretes Verwaltungshandeln häufig an der mangelnden Funktionsfähigkeit staatlicher Strukturen in Griechenland scheitert oder zumindest verlangsamt wird. Mit der so genannten „Task-Force für Griechenland“ unterbreitete die EU-Kommission bereits im Juli 2011 ein umfassendes und zielgerichtetes Unterstützungsangebot an staatliche Stellen in Griechenland. Ziel war es, den Behörden vor Ort technische Hilfe bei der Reform der öffentlichen Verwaltung zukommen zu lassen. Leider wurde dieses Angebot zu selten angenommen und aufgegriffen.

Insofern ist es zwar zu begrüßen, dass im nunmehr dritten Memorandum of Understanding der Stärkung und Straffung von Behörden ein höheres Gewicht gegeben wird. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind jedoch aus meiner Sicht nicht ausreichend, um eine effektive Umsetzung der so dringend notwendigen Reformen zu gewährleisten. Diese wiederum sind notwendig, um die in der Schuldentragfähigkeitsanalyse angenommenen Wachstumszahlen des Primärüberschusses im Staatshaushalt zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund konnte ich einem dritten Griechenland-Hilfspaket nicht zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Groden-Kranich MdB